

# Georgien zwischen Resignation und Aufbruch

Präsident Saakaschwilis Regierung sucht neue Strategien nach dem verlorenen Krieg – die Opposition vermag wenig auszurichten

Trotz dem faktischen Verlust der Territorien Abchasien und Südossetien sitzt Georgiens Präsident Saakaschwili fest im Sattel. Die bevorstehenden Lokalwahlen wird die Regierung gewinnen – auch weil es der Opposition an überzeugenden Konzepten fehlt.

Markus Ackeret, Tbilissi

In der georgischen Hauptstadt Tbilissi wird gebaut, bis in die Nacht hinein. Die Schlaglöcher eines Jahrzehnts werden in wenigen Wochen hastig zugeschüttet und mit frischem Asphalt überzogen. Und am rechten Ufer des Flusses Mtkwari (Kura) zieht sich wie ein Bandwurm eine neue Entlastungsstrasse auf Stelzen quer durch die Stadt, hoch über Grünflächen und an Wohnsiedlungen vorbei. Sie soll den Staus zwischen dem Zentrum und daran angrenzenden Vierteln ein Ende setzen, aber viele Bewohner zweifeln an der Praktikabilität des unter grosstem Zeitdruck erstellten Bauwerks. Der sichtbarste Stolz der Politiker jedoch ist die «Friedensbrücke». Der futuristische Fussgängerübergang mit hellblau glänzendem, geschwungenem Glasdach verbindet renovierte Altstadtgassen mit einem bisher unattraktiven Teil des linken Flussufers und steht architektonisch völlig quer in der Stadtlandschaft. Die Botschaft ist klar: Georgien ist, allen Rückschlägen zum Trotz, voller Aufbruch.

## Test für die Demokratie

Dass Tbilissis Verkehrsprobleme und seine Verschönerung gerade jetzt an die Hand genommen werden, hat aber einen handfesteren Grund. Ende Mai finden in Georgien Kommunalwahlen statt, und erstmals werden die Wähler auch den Bürgermeister der Hauptstadt direkt bestimmen dürfen. Das war eine Konzession Präsident Micheil Saakaschwilis an die protestierende Opposition gewesen. Diese stilisiert den Urnengang denn auch zu einem Test für die Demokratie und für ihre eigene Popularität. Für die Regierungspartei Vereinigte Nationalbewegung tritt der Amtsinhaber Gigi Ugulawa an, der mit den Strassenbauprojekten rasch noch den Bürgern zeigen will, wie effektiv er die Probleme anpackt. Der 36-Jährige gilt als ehrgeizig. Manche sehen in ihm einen möglichen Nachfolger Saakaschwilis – und dieser sieht in ihm zunehmend einen ernsthaften Rivalen.

Als solcher empfindet sich auch Irakli Alasania, das Aushängeschild der Opposition im Kampf um das Bürgermeistertum und ein ehemaliger langjähriger Weggefährte des Präsidenten. Zuletzt hatte Alasania Georgien bei den Vereinten Nationen in New York vertreten, bevor er ins Lager der Regierungsgegner wechselte, seine eigene Partei «Unser Georgien – Freie Demokraten» gründete und zum Hoffnungsträger vieler enttäuschter Georgier wurde. Den geschliffenen Umgang des Diplomaten merkt man dem 36-Jährigen an. In amerikanisch gefärbtem Englisch referiert er über die Pläne der zur «Allianz für Georgien» zusammengesetzten vier Oppositionsparteien und über die Schwierigkeit der politischen Arbeit.

Dass er jetzt plötzlich auf der lokalen Ebene politisieren muss, nimmt er als besondere Herausforderung. Es sei die beste Gelegenheit, den Bürgern zu dienen, und diese genossen im Programm seiner Wahlkoalition Priorität. Die Ausgaben für das Gesundheitswesen will er verdreifachen, das Unternehmertum mit Krediten zu tiefen Zinsen fördern und die Transparenz gegenüber den Wählern verbessern. Vieles allerdings klingt vage und eher populistisch. Einmal mehr hatte sich die Opposition auch nicht auf einen Kandidaten einigen können, so dass die Stimmen der Regierungsgegner sich auf mehrere Bewerber verteilen werden.

Zwar gibt sich Alasania siegesgewiss, aber er weiss, dass Ugulawa viele Vor-



Ein Wohnhaus in einem Dorf in der Nähe Südossetiens, das im Krieg vom August 2008 zerstört wurde.

CLIFF VOLPE / GETTY IMAGES

teile auf seiner Seite hat. «Georgien ist ein Polizeistaat», sagt er unumwunden. Deshalb seien auch die Umfrageergebnisse vor den Wahlen mit Vorsicht zu geniessen. Dass es unangenehm sein kann, sich auf die Seite der Gegner Saakaschwilis zu stellen, bestätigen auch unabhängige Beobachter. Kaum ein Unternehmen traue sich, öffentlich für die Opposition einzustehen; die Steuerpolizei, sagt Alasania, setze jene unter Druck. Und Saakaschwili machte bei der Eröffnung einer Schulkantine in Tbilissi klar, dass Vorhaben wie dieses nur dann realisiert werden könnten, wenn auf allen politischen Ebenen dieselben Kräfte an der Macht seien – eine unmissverständliche Wahlempfehlung.

Regierungsvertreter stellen Beeinflussungsversuche und Probleme nicht in Abrede, aber meinen, alles dafür zu tun, um möglichst transparente Verhältnisse zu schaffen. Lewan Dutschidse, stellvertretender Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats und ehemaliger Botschafter in Berlin, verweist auf die Reform der Wählerlisten. Wer schon jetzt von Fälschung spreche, wolle nur den Nihilismus fördern und die Wahlen sabotieren, meint der eloquente 32-Jährige in nahezu perfektem Deutsch.

## Saakaschwili behauptet sich

Auch bei jenen, die von der Regierung enttäuscht sind, stösst Ugulawa auf Anklang. Zwar spotten sie gerne über die Vorhaben, die halb Tbilissi in eine Baustelle verwandelt haben. Doch habe Ugulawa Erfahrung und wisse, wie man die Stadt führe. Paata Sakareischwili, ein Politikwissenschaftler und zugleich politisch aktiv bei der oppositionellen Republikanischen Partei, erstaunt das nicht. Die Georgier seien im Grunde konservativ und stimmten für die Staatsmacht, ausser dann, wenn sie überhaupt keinen Ausweg mehr sähen. Die Furcht vor einer Verschlechterung der Lebensbedingungen sei grösser als die Lust, etwas Neues zu wagen. Zudem biete die Opposition nichts grundlegend anderes. Wenn es um den verlorenen

Krieg vom August 2008 gehe, kritisiere sie nicht den Krieg, sondern die Art, wie er geführt worden sei. Maximalistisches Denken, das wenig Grautöne zulasse, beherrsche die georgische Bevölkerung.

Sakareischwilis Analyse ist Teil der Antwort darauf, weshalb Präsident Saakaschwili derzeit nicht um seine Macht zu bangen hat. Bald zwei Jahre nach dem Krieg ist das ein erstaunlicher Befund. Kurz danach schien Saakaschwilis politisches Überleben auf dünnem Grat: Immerhin hatte er, statt die Terri-



torien Abchasien und Südossetien endgültig wieder in den Staatsverband einzugliedern, diese auf lange Sicht – und vielleicht für immer – in einem schlecht geführten Krieg verloren. Die Opposition hatte sich zwar zunächst angesichts der Bedrohung durch die russischen Truppen im Land mit der Führung solidarisch gezeigt. Die einheitliche Front bröckelte aber rasch und kulminierte vor einem Jahr in einer wochenlangen Belagerung der Innenstadt von Tbilissi durch die Regierungsgegner. Damals schien die Stimmung für einen Machtwechsel so gut wie lange nicht. Umso grösser war die Enttäuschung der Opposition, als sich die Kundgebungen bald nur auf einen harten Kern von Aktivisten reduzierten.

Dass es den Gegnern Saakaschwilis damals nicht gelang, die Bevölkerung zu mobilisieren, habe auch an einem Missverständnis gelegen, meint der Politologe Hans Gutbrod, Regionaldirektor der Caucasus Research Resource Centers in Tbilissi und langjähriger Beobachter der politischen Verhältnisse in

Georgien. Ausgehend von der weit verbreiteten Unzufriedenheit mit Saakaschwili habe die Opposition auf einen Umsturz oder erzwungene vorzeitige Neuwahlen hingearbeitet. Zu wenig habe sie aber berücksichtigt, dass nur eine Minderheit unter den Unzufriedenen bereit für einen Machtwechsel um jeden Preis gewesen sei. Einen solchen lehnen gemässigte Oppositionelle heute auch ab.

Der Politologe und Politiker Sakareischwili hält auch nichts von vorzeitigen Neuwahlen. Die Bevölkerung müsse lernen, dass sie ihre Stimme für fünf Jahre abgebe, und sich in Geduld üben, während die Opposition sich jetzt schon auf die Wahlen Anfang 2013 vorzubereiten habe. Saakaschwili hat seine Gegner vor einem Jahr ins Leere laufen lassen. Die Regierung wiederum, die sich regelmässig vergaloppiert, hat nach Ansicht Gutbrods aus ihren Fehlern gelernt. Ruhiger, aber nicht unbedingt stabiler sei die Lage – sie könne relativ schnell aus dem Gleichgewicht kommen. Im Bestreben, Aufbruch zu signalisieren, gehe vieles zu schnell, findet nicht nur Gutbrod. Eine klare Strategie fehle, innen- und aussenpolitisch.

## Pilgern nach Moskau

Seinen Nimbus als Reformier hat Saakaschwili verloren. Als er Ende April und Anfang Mai wochenlang in den Vereinigten Staaten weilte, ohne hochrangige Regierungsvertreter zu treffen, und anschliessend noch der Inauguration der costa-ricanischen Präsidentin beiwohnte, sorgte das in Georgien für Spott und Häme. Dennoch ist nicht auszuschliessen, dass Saakaschwili dem russischen Muster folgt und 2013 ins Amt des Ministerpräsidenten wechselt. Eine Verfassungsreform sieht die Stärkung des Regierungschefs vor, und manche halten das für mehr als einen Zufall. Weil reale Alternativen derzeit fehlen, ist Resignation in der Bevölkerung zu spüren. Gleichzeitig herrscht Bedarf an Diskussionsplattformen, wie sie das Südkaukasus-Büro der Heinrich-Böll-

Stiftung in Tbilissi regelmässig mit Erfolg herstellt. Die Arbeitslosigkeit ist ein grosses Thema. Was geschieht, wenn Georgien die Gelder, die es von Europa und Amerika nach dem Krieg zugesprochen erhalten hatte, verbraucht hat, macht einigen Sorgen. Die sozialen Spannungen könnten steigen und der politischen Unzufriedenheit ein neues Gesicht geben.

Auch deshalb sieht die Bevölkerung die Frage der Beziehungen zu Russland pragmatisch – sie misstraut dem Kreml, erkennt aber die wirtschaftliche Notwendigkeit einer Normalisierung der Verhältnisse und erhofft sich von einer Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen und des Grenzverkehrs Arbeit und Wohlergehen. Das bedeutet allerdings nicht, dass jene georgischen Politiker, die demonstrativ nach Moskau reisen und sich mit der russischen Führung treffen, besondere Beliebtheit geniessen. Nino Burdschanadse, die langjährige Weggefährtin Saakaschwilis und Parlamentspräsidentin, und Surab Nogaidei, unter Saakaschwili zeitweise Regierungschef, haben kaum Rückhalt in der Bevölkerung. Über ihre Beweggründe, sich so sehr in Russland anzubiedern, gibt es vor allem Spekulationen.

Sakareischwili nennt das Verhalten frech, aber aus Sicht der Politiker nachvollziehbar: Sie hofften auf einen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung. Dass sie aber im Interesse Georgiens handelten, bezweifelt er. Russland werde Georgien nie Demokratie bringen. Ein demokratischer Staat jedoch sei der einzige Ausweg – auch um die abgefallenen Territorien Südossetien und Abchasien wiederzugewinnen. Sakareischwili – einer der besten georgischen Kenner der Konfliktgebiete – hofft auf die anziehende Wirkung der Demokratie und die Ernüchterung über die Abhängigkeit von Russland in den formell unabhängig gewordenen Entitäten.

## Kein Verzicht auf Territorium

Bald zwei Jahre nach dem Krieg mit Russland ist Georgien weit davon entfernt, sich mit dem Verlust Abchasiens und Südossetiens abzufinden. Die Politik der Regierung ist auf die Wiedergewinnung ausgerichtet; oft fällt im Gespräch der Vergleich mit Nachkriegsdeutschland oder auch mit Zypern. Deshalb ist die Nichtanerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens durch europäische Staaten eine so prinzipielle Frage.

Dass der Weg zu einer Wiedervereinigung lang sein wird und dass Gewalt keine Lösung sein kann, scheint mittlerweile auch die Regierung verstanden zu haben. Ihre «Strategie über die besetzten Gebiete», die sie im Winter stellte, setzt auf «soft power», wie der stellvertretende Regierungschef und Staatsminister für Reintegration, Temuri Jakobaschwili, erklärt. Es handle sich um eine doppelte Reintegration: von Land und von Bevölkerungsgruppen. Deshalb stünden die Menschen im Zentrum, deren Kontakte über die Grenzlinien hinweg intensiviert und ermöglicht werden sollten. Direkte Gespräche mit den regionalen Führungen dagegen sind zweitrangig.

Paata Sakareischwili kritisiert nicht den «sozialen» Teil des Papiers, sondern dessen politischen, der der Tatsache zu wenig Rechnung trage, dass es in den Gebieten eigene Führungen und einen eigenen Willen gebe. Auch kommt vielen die Einsicht zu spät. Schon vor fünf Jahren habe er Vergleichbares vorgeschlagen, sagt der heutige Oppositionspolitiker Alasania, der damals Unterhändler der Regierung für Abchasien gewesen war. Solange aber Russland und Georgien nicht direkt miteinander reden, wird sich nichts bewegen. Jakobaschwilis Position dazu ist klar: Die Situation ändere sich, wenn Russland sich ändere; Georgien wolle gute Beziehungen, aber nicht zu jedem Preis. Auch die Abschottung und die Kultivierung eines Feindbilds Russland haben einen Preis. Mit der Verschönerung Tbilissis allein lässt sich die Bevölkerung auf Dauer kaum bei der Stange halten.